



Berlin, 27. August 2010

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Bundeskanzlerin Angela Merkel macht nur wenige Tage Urlaub. Der Vizekanzler und Vorsitzende der FDP Guido Westerwelle nutzt diese Gelegenheit und erklärt pressewirksam, er sehe wegen der besser verlaufenden Konjunktur nun wieder Spielraum für Steuersenkungen. Obwohl aktuell kein Wahlkampf ansteht, geht der Liberale erneut mit leichtfertigen Versprechungen in die Öffentlichkeit. Mancher lernt es eben nie.

Man braucht wahrlich kein Hellseher zu sein um vorhersagen zu können, dass die Steuerschätzung im November 10 bis 15 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen ergeben wird als die Mai-Schätzung. Dennoch tut sich da kein Raum für eine „Dividende“ auf. Es wird auch nach der Steuerschätzung im November keine Haushaltsüberschüsse geben. Die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sind nach wie vor Not leidend, der Staat ist unterfinanziert und kann seine Aufgaben weiterhin nur über Kreditaufnahmen stemmen. Nettoneuverschuldung bedeutet aber nichts anderes als dass wir heute bestellen und konsumieren ohne zu bezahlen. Zahlen sollen die Kinder und Enkelkinder, schlicht weg also die nachfolgenden Generationen. Diese Generationen werden aber schon durch die demografische Entwicklung hoch belastet. Sie müssen die Renten, Pensionen und steigenden Gesundheitskosten einer älter werdenden Bevölkerung tragen.

Verantwortungsvolle Politik muss daher vorrangig das Ziel verfolgen, keinesfalls neue Schulden aufzubauen, sondern die gigantischen Schuldenberge von Bund, Ländern und Kommunen zurückzuführen die bereits angehäuft sind. Daher lautet das Gebot der Stunde, nicht weniger Steuern, sondern eher Mehreinnahmen zu generieren. Angesagt ist deshalb die absolute Priorität, alle Anstrengungen zu

unternehmen, die Steuerhinterziehung einzugrenzen, die Steuerhinterzieher zu ermitteln und zur ordnungsgemäßen Steuerzahlung heranzuziehen.

Auf diesem Sektor geschieht aber Erstaunliches. In Kiel wird eine neue CD mit Daten mutmaßlicher Steuersünder angeboten - die FDP blockiert den Ankauf. Die wegen des Widerstands der FDP in Baden-Württemberg nicht angekaufte CD, die danach von Niedersachsen erworben und ausgewertet wurde, ergab, dass alleine auf dieser CD 35 000 Namen Deutscher mit Konten in der Schweiz enthalten waren. 35 000 potentielle Steuerhinterzieher sollten also nach dem Willen der baden-württembergischen Landesregierung weiter unentdeckt bleiben – ein Skandal! Die gewonnenen Erkenntnisse werden derzeit an die zuständigen Steuerfahndungen in der ganzen Bundesrepublik verteilt und dort abgearbeitet.

Jetzt geht wieder die Nachricht über die Medien, dass in Baden-Württemberg erneut eine CD angeboten wird, auf der Daten von mutmaßlich 250 steuerhinterziehenden Unternehmern, die ihr Geld in der Schweiz angelegt haben, enthalten sein sollen. Und wieder verhindert offenbar die FDP in Baden-Württemberg, dass diese Daten angekauft werden.

Von der, vor einiger Zeit der bayerischen Steuerverwaltung angebotenen Daten-CD, hört man überhaupt nichts mehr.

Spuren und angebotene Anfangsverdachte, die zur Aufdeckung von Straftätern bzw. Steuerhinterziehern führen würden, werden mit fadenscheinigen Begründungen ignoriert. Was wird mit diesem Desinteresse eigentlich bezweckt? Wer will, kann sich seinen Reim darauf machen.

Gesetzlich entstandene Steuereinnahmen werden verschmätzt oder nicht erhoben, gleichzeitig überzieht und belastet man große Teile der Bevölkerung mit Sparmaßnahmen. Mit der Begründung leerer Kassen geistern Forderungen, wie Rente erst mit 70, Zusatzbeiträge zu Krankenversicherungen, Halbierung des Jahresurlaubs, Kürzung oder Streichung von Sonderzahlungen, durch den politischen Raum. Die „Kleinen“ sollen die Zeche wieder einmal zahlen.

Wenn die Politik angesichts des Schadens den die Finanzmärkte angerichtet haben, gestern noch von der Einführung einer Finanztransaktionssteuer und/oder einer Finanzmarktsteuer sprach, werden solche Projekte nun gar nicht mehr erwähnt. Ein Vorschlag aus der EU, eine Finanztransaktionssteuer europaweit einzuführen und

als EU-Steuer auszugestalten, wurde von der Bundesregierung umgehend barsch abgelehnt, obwohl sich bei Einführung dieser Europasteuer die Belastungen der deutschen Haushalte erheblich vermindern würden. Die Milliardenzahlungen an Brüssel aus deutschen Kassen könnten erheblich zurückgeführt werden oder sogar ganz entfallen. Den öffentlichen Kassen täte eine solche Entlastung wahrlich gut. Aber: Offensichtlich sollen die Vermögensbesitzer und Bezieher hoher Einkommen geschont werden und stattdessen die Masse der Bürgerinnen und Bürger bluten. Eine solche Haltung wird noch deutlicher, wenn man registrieren muss, dass dieselben Kräfte selbstverständlich eine Vermögensteuer ablehnen, eine wirksame Erbschaftsteuer bekämpfen, Kapitalerträge steuerlich erheblich begünstigen und die Anhebung des Einkommensteuer-Spitzensatzes verwerfen.

Aufpassen, Frau Bundeskanzlerin! So gerät der soziale Frieden in Gefahr und die soziale Marktwirtschaft verwandelt sich in eine radikale Marktwirtschaft. Die Mehrheit in unserem Land will einen solchen Weg nicht!

*Mit kollegialen Grüßen*

*Ihr*

*Dieter Ondracek*

DSTG-Bundesvorsitzender